

einige seiner zivilen Atomanlagen den Sicherheitsprüfungen durch die Internationale Atomenergieorganisation zugänglich machen. Dies erklärte der stellvertretende Minister für Atomenergie, Zhou Ping, Mitte September bei der Generalkonferenz der IAEO in Wien. Die Volksrepublik China war bis zu diesem Erklärungszeitpunkt die einzige der fünf Nuklearmächte, die keine ihrer zivilen atomaren Einrichtungen der IAEO-Kontrolle unterstellt hatte, obwohl z.B. im August 1985 die UdSSR erstmals die Inspektion solcher Anlagen zugelassen hatte, wie es bis dahin schon die USA, Frankreich und Großbritannien getan hatten (XNA, 25.9.85).

Inzwischen hat China auch eine Reihe von Nuklearabkommen mit anderen Ländern unterzeichnet, u.a. mit Frankreich, der Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien, Argentinien, Brasilien und zuletzt - im Juli 1985 - mit Japan.

Auch Japan pocht erneut darauf, daß durch Kontrollen der IAEO sichergestellt wird, daß die japanische Nukleartechnologie, soweit sie nach China gelangt, ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt wird.

In einer kurzen Formel zusammengefaßt läßt sich Chinas Abrüstungsstandpunkt folgendermaßen charakterisieren: Bekämpfung des Wettrüstens, ein allgemeines Verbot und völlige Vernichtung der ABC sowie der Weltraumwaffen, massive Reduzierung der konventionellen Waffen.

Letztes Ziel sei die Verhinderung eines Atomkriegs und die Verteidigung des Weltfriedens sowie die Schaffung einer friedlichen internationalen Umgebung, in der sich Entwicklungsländer wie China optimal entwickeln könnten (XNA, 30.8.85 und 9.11.85).

Ergänzend zu seinen Abrüstungsvorschlägen ist China in den letzten Jahren auch ein reger Teilnehmer an Friedensforen aller Art gewesen, sei es nun in Japan oder aber zu Hause. So z.B. veranstaltete die Chinesische Vereinigung für internationale Verständigung vom 4. bis 6. Juni 1985 in Beijing ein "Internationales Forum zur Wahrung des Weltfriedens", an dem 51 Friedensorganisationen aus 24 Ländern und über vierzig Mitglieder verschiedener chinesischer Organisationen teilnahmen. Auf dem Forum sprachen u.a. Vertreter der "Vereinigung des chinesischen Volkes für Frieden und Abrüstung", ferner Vertreter der "Chinesischen buddhistischen Gesellschaft", des weiteren Vertreter der beiden chinesischen Akademien für Wissenschaft und Sozialwissenschaft, der Präsi-

dent der "Chinesischen christlichen Gesellschaft", der Vorsitzende des "Japanischen Verbandes der Organisationen der Opfer von Atom- und Wasserstoffbomben" und ein Mitglied des indischen Parlaments. -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(6)

Fünf Verordnungen gegen "falsche Tendenzen" unter Funktionären

Die Partei- und Staatsführung erließ Ende Januar/Anfang Februar 1986 fünf Rundschreiben zur Bekämpfung von "falschen Tendenzen" unter den Funktionären. Die Veröffentlichung dieser Vorschriften war Anfang Januar von ZK-Sekretär Wang Zhaoguo auf der 8.000-Kader-Konferenz gegen Korruption angekündigt worden (siehe C.a., Januar 1986, S. 11).

- Das erste Rundschreiben richtete sich gegen unnötige, verschwenderische Auslandsreisen von Kadern und schrieb diesbezüglich stärkere Kontrollen und eine Genehmigungspflicht vor (RMRB, 29.1.86).

- In einem weiteren Rundschreiben wurde eine weniger aufwendige Betreuung von Führungskadern bei Besuchen an anderen Orten gefordert (RMRB, 31.1.86).

- Ein drittes Rundschreiben wendete sich gegen den weit verbreiteten Nepotismus bei der Besetzung von Beamtenstellen (RMRB, 2.2.86).

- Ein viertes Rundschreiben forderte die Einstellung von Vergnügungsreisen von Kadern auf öffentliche Kosten (RMRB, 4.2.86).

- Schließlich wurden neuerliche Bestimmungen zum Verbot der Beteiligung von politischen Organen oder von Partei- und Staatskadern an Handelsgesellschaften und Industrieunternehmen erlassen (RMRB, 6.2.86). Bereits im Dezember 1984 hatten das Zentralkomitee und der Staatsrat diesbezügliche Bestimmungen herausgegeben, die jedoch offenbar bisher keine durchschlagenden Erfolge gezeitigt haben (siehe RMRB, Februar 1984, Ü 17). -sch-

*(7)

Zentrale Disziplinkontrollkommission befaßt sich mit "falschen Tendenzen"

Auf ihrer 7. Plenartagung befaßte sich die Zentrale Disziplinkontrollkommission mit der Bekämpfung

sog. "falscher Tendenzen". Gegenstand der Beratungen war u.a. die Reaktion des ZK-Sekretariats auf einen Kurzbericht der Kommission über Probleme bei der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei. In dem an das ZK-Sekretariat gerichteten Kurzbericht hatte die Kommission gefordert, die Kräfte auf den Kampf gegen "falsche Tendenzen" unter den Funktionären zu konzentrieren. Gleichzeitig damit müsse die entschlossene Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen fortgesetzt werden. Dabei sollten vor allem die großen Fälle aufgedeckt und verfolgt werden. Außerdem müsse dem Kampf auf ideologischem Gebiet mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden: Wer gegen die "vier grundlegenden Prinzipien" verstoße und "bürgerliche Liberalisierung" betreibe, müsse entschlossen bekämpft werden. Interessanterweise hatte das ZK-Sekretariat nur "im Prinzip" dem Kurzbericht der Disziplinkontrollkommission zugestimmt - unklar ist jedoch, wo die Meinungsverschiedenheiten liegen. (RMRB, 3.2.86)

Zusammen mit dem Bericht über die Tagung der Disziplinkontrollkommission veröffentlichte die "Volkszeitung" einen Kommentar, in dem die Verzögerung bei der Aufdeckung und Bestrafung von Vergehen, in die hohe Kader oder deren Kinder verwickelt sind, beklagt wurde. Selbst jene, die für die Durchsetzung der Parteidisziplin (sic!) und der Gesetze verantwortlich seien, verhielten sich unentschlossen und weichherzig, wenn es darum gehe, das "Netz der Beziehungen" zu durchbrechen und jene Privilegierten zu bestrafen, die sich strafrechtlich schuldig gemacht hätten - möglicherweise richtet sich diese Beschuldigung auch gegen die Zentrale Disziplinkontrollkommission und stellt einen der Kritikpunkte des ZK-Sekretariats an der Kommission dar. Außerdem beklagte die "Volkszeitung", daß zuviel über die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei geredet aber kaum etwas dafür getan werde. Das ZK-Organ forderte die Führungskader auf, bei Straftaten von Familienangehörigen die Strafverfolgungsbehörden entschlossen zu unterstützen - andernfalls würden sie zur Verantwortung gezogen werden. Der Grundsatz, daß alle vor den Gesetzen des Staates und den Disziplinarrregeln der Partei gleich seien, müsse strikt befolgt werden. (Ebenda) -sch-

*(8)

Zwei Söhne hoher Shanghaier Führungskader hingerichtet

Wegen mehrfacher Vergewaltigung wurden am 19. Februar 1986 in Shanghai zwei Söhne hoher Kader hingerichtet. Es handelte sich um

Hu Xiaoyang (30), den Sohn des Vorsitzenden des Shanghaier Volkskongresses Hu Lijiao (72), und um Chen Xiaomeng (36), den Sohn des 1984 verstorbenen stellvertretenden Propagandachefs von Shanghai, Chen Qiwu. Beide gehörten zu einer sechsköpfigen Gruppe, die von 1981 bis 1984 48 Mädchen sexuell belästigt und vergewaltigt haben soll. Ein weiteres Mitglied der Bande wurde ebenfalls zum Tode verurteilt und hingerichtet - die restlichen drei erhielten Haftstrafen zwischen 3 und 20 Jahren. Die sechs Straftäter waren bereits im Oktober 1984 verhaftet worden. Ein Jahr lang dauerten die umfangreichen Ermittlungen, die offenbar im Falle von Hu Xiaoyang und Chen Qimeng von interessierter Seite behindert wurden. Erst am 16. Oktober 1985 wurde Anklage erhoben - interessanterweise kurz nachdem Hu Lijiao auf der nationalen Delegiertenversammlung der KPCh im September 1985 aus dem Zentralkomitee ausgeschieden war. Das Gerichtsverfahren fand vom 4. bis 9. November 1985 vor dem Mittleren Shanghaier Volksgerichtshof statt, doch erst am 1. Februar 1986 ergingen die Urteile. Nach Ablehnung der Revisionsanträge wurden die Urteile dann am 19. Februar vollstreckt. (RMRB, 20. u. 21.2.1986; FEER, 6.3.86; BRu, 4.3.86; DGB, 14.2.86) -sch-

*(9)

Pensionierung von 1 Million Kadern seit 1982

Seit 1982 sind insgesamt über 1 Million alte Kader pensioniert worden - dies geht aus einem Bericht der "Volkszeitung" vom 9. Februar 1986 hervor. Sie machen rund die Hälfte jener 2,1 Millionen heute noch überlebenden Funktionäre aus, die bereits vor 1949 der Kommunistischen Partei Chinas beitraten. (Ebenda; XNA, 19.2.86)

Im März 1982 war die Abschaffung des Systems des Kadern auf Lebenszeit beschlossen worden, um die völlig überalterte politische Führung auf allen Ebenen zu verjüngen. Das neue Pensionssystem für Führungskader sieht vor, daß Minister, ProvinzparteiSekretäre und Gouverneure spätestens mit 65 Jahren in den Ruhestand treten müssen, während stellvertretende Minister, stellvertretende ProvinzparteiSekretäre und stellvertretende Gouverneure bereits mit 60 Jahren pensioniert werden sollen. -sch-

*(10)

Auflagenschwund bei den KPCh-Zeitungen

Einen beträchtlichen Auflagenschwund der Parteizeitungen im vergangenen Jahr beklagte das ZK-

Organ "Volkszeitung" in einem Kommentar in der Ausgabe vom 22. Februar 1986. Von dem Rückgang der Auflage sind nicht nur die Zeitungen der Provinz- und der Stadtpartieführungen betroffen, sondern auch die "Volkszeitung" selbst. Zahlen wurden in dem Kommentar allerdings nicht genannt. Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist die Auflage der "Volkszeitung" von 5,3 Millionen im Jahre 1981 auf rund 4 Millionen im Jahre 1985 gesunken. Bereits Ende 1984 war ein rückläufiges Interesse an den Zeitungen der KPCh selbst innerhalb der Parteiorganisationen beklagt worden (siehe u.a. RMRB, 21.11.84; Radio Wuhan, 14.11.84, nach: SWB, 19.11.84).

Um den Auflagen- und Leserschwund zu stoppen, forderte der Kommentator der "Volkszeitung" eine Verbesserung der Qualität in mehrfacher Hinsicht:

- wahrheitsgetreuere Berichterstattung und weniger leere und falsche Phrasen,
- mehr Aktualität,
- bessere Lesbarkeit durch lebendige Darstellung (statt Parteidokumentensprache),
- größere Berücksichtigung der Publikumsinteressen und
- Vermittlung von mehr Sachwissen.

Gleichzeitig forderte der Kommentator des ZK-Organs, daß die Parteizeitungen einen "korrekten" politischen Standpunkt einnehmen und einen klaren Klassen- und Parteiarakter aufweisen müßten. In der journalistischen Praxis dürfte es allerdings nicht einfach sein, dieses politische Gebot mit der Forderung nach mehr Qualität zu vereinbaren. -sch-

*(11)

Senkung der Bevölkerungswachstumsrate

Nach einem Bericht in der "Volkszeitung" vom 23. Februar 1986 konnte die jährliche Bevölkerungswachstumsrate von durchschnittlich 1,325 Prozent im Zeitraum von 1976 bis 1980 auf 1,17 Prozent im Zeitraum von 1981 bis 1985 gesenkt werden. Eine besonders niedrige Wachstumsrate sei 1984 und 1985 zu verzeichnen gewesen.

Aufgrund welcher statistischer Angaben der Autor des Berichts in der "Volkszeitung" zu der Erkenntnis gelangte, daß der Bevölkerungswachstums von 1976 bis 1980 durchschnittlich 1,325 Prozent betragen habe, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Angaben des "Chinesischen Statistischen Jahrbuchs von 1984" (Beijing 1984) zufolge lag die jährliche Bevölkerungswachstumsrate in diesem Zeitraum mit durchschnittlich 1,204 Prozent bereits

relativ niedrig. In den beiden folgenden Jahren 1981 und 1982 stieg sie stark an, und zwar auf durchschnittlich 1,452 Prozent. 1983 sank die Bevölkerungswachstumsrate dann wieder auf 1,154 Prozent ab. (Ebenda, S. 83) -sch-

*(12)

Rasches Wachstum der städtischen Bevölkerung prognostiziert

Am Ende des 20. Jahrhunderts wird sich der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zu heute verdoppelt haben - zu dieser Prognose kamen chinesische Demographen auf einem wissenschaftlichen Forum in Kunming (Provinz Yunnan). Demnach würde die Verstärkerungsrate im Jahre 2000 bei über 40 Prozent liegen. Gegenwärtig soll die Verstärkerungsrate 20,6 Prozent betragen. (XNA, 5.2.86) -sch-

KULTUR

*

*

*(13)

Wissenschaftliche Erfolge nach einem Jahr Wissenschaftsreform

Ein Jahr nach Verkündung der Reformen im Wissenschaftsbereich steht für die chinesische Regierung fest, daß die Reformen vielversprechende Erfolge gezeitigt haben (vgl. RMRB, 14.2.86). Ziel der Reformen, so heißt es, sei die Befreiung der Produktivkräfte und die Ankurbelung der Wirtschaft sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gewesen. Innerhalb eines Jahres habe die Praxis erwiesen, daß diese Ziele in beiden Bereichen akzeptiert worden und sehr positive Ergebnisse erzielt worden seien. Im Jahre 1985 hätten 1.900 Institute technische Forschung auf Vertragsbasis, also für Betriebe, durchgeführt, das seien 40% aller unabhängigen Forschungsinstitute von der Stadtebene (shi) an aufwärts, 27% mehr als 1984. Darunter seien 360 Institute finanziell unabhängig geworden, eine Verdoppelung gegenüber 1984. Der Verkauf technischer Forschungsergebnisse habe sich im Jahre 1985 auf 1,77 Mrd. Yuan belaufen, wobei das Gros der Käufer mittlere und kleinere Betriebe sowie ländliche Betriebe gewesen seien.

Eine weitere durch die Reformen geförderte Tendenz sei die Entwicklung einer großen Zahl von Organisationen, die Forschung, Lehre und Produktion verbinden. Allein im Jahre 1985 habe die Zahl derartiger Organisationen fast 10.000 betragen. Dabei hätten sich folgende neue Trends herausgestellt: die Entwicklung von einer technischen